

Die Fragen stellte Gerkö Konya, Student aus Berlin

Gerkö Konya

Frau Bundeskanzlerin, nächsten Donnerstag reisen Sie zum EU-Gipfel "Östliche Partnerschaft" in Vilnius. Welche Anreize gibt es für die östlichen Partnerländer, die Beziehungen zur EU weiter auszubauen? Steht die EU mit der Finanz- und Schuldenkrise nicht selbst vor größten Herausforderungen?

Bundeskanzlerin Angela Merkel

Die Europäische Union steht vor inneren Herausforderungen; das hält uns aber nicht davon ab, auch unsere Nachbarschaftspolitik immer wieder als Schwerpunkt zu haben. Die litauische Ratspräsidentschaft hat diesen Schwerpunkt natürlich auch gesetzt, weil Litauen selber natürlich ein sehr großes Interesse hat, dass Länder wie die Ukraine, wie Moldawien, wie Armenien, Aserbajdschan oder auch Weißrussland näher an die EU rücken. Was können wir dabei erreichen? Wir können auf der einen Seite zeigen, dass wir mit diesen Ländern zusammenarbeiten wollen. Sie können an bestimmten europäischen Programmen teilnehmen, zum Beispiel an ERASMUS. Menschen kommen näher miteinander zusammen. Zum Zweiten kann man aber natürlich auch einfordern, dass die Demokratie gelebt wird; da gibt es zum Teil noch erhebliche Schwierigkeiten. Wir setzen also Wertmaßstäbe. Und so gibt es ein Geben und Nehmen in dieser Östlichen Partnerschaft. Und deshalb ist sie für uns von Wichtigkeit, aber sie ist natürlich auch für die Menschen in den betroffenen Ländern eine große Chance.

Welches Ziel verfolgt die EU langfristig mit der Östlichen Partnerschaft, und welche Vorteile bietet eine verstärkte Zusammenarbeit?

Die Europäische Union möchte natürlich an den Grenzen auch enge partnerschaftliche Beziehungen, ohne dass jedes Mal die Frage eines EU-Beitritts auf der Tagesordnung steht. Wir möchten auch – wie ich es schon sagte – den Menschen in den Ländern helfen, dass die demokratischen Strukturen entstehen oder sich festigen. Wenn wir einmal an Weißrussland denken, dann sind dort noch mutige Demokraten im Gefängnis, und wir fordern natürlich hier auch immer wieder eine Umkehr. Und insofern ist unser langfristiges Ziel einfach, mehr Menschen mit guten rechtsstaatlichen Strukturen auch nah an die EU heranzubringen.

Die Ukraine und Moldau sehen sich zunehmend Druck aus Russland ausgesetzt. Wie kann es trotzdem zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit diesen Ländern kommen?

Hier sprechen Sie ein sehr wichtiges Thema an. Wir erleben, dass von russischer Seite die Mitgliedschaft in der Östlichen Partnerschaft, die Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union, als gegen Russland gerichtet verstanden werden. Das ist nicht der Fall. Und deshalb werden wir noch einmal mit Russland sprechen müssen, damit es nicht immer zu der Situation kommt: entweder - oder. Russland ist unser strategischer

Partner. Die Europäische Union möchte auch mit Russland zusammenarbeiten. Und deshalb müssen wir schauen, wie wir diesen politischen Druck überwinden können. Denn die Ukraine hat sich jetzt entschieden, das Assoziierungsabkommen nicht zu unterschreiben. Und das hängt auch mit dieser Frage „Was bedeutet das für die Beziehungen zu Russland?“ zusammen. Und deshalb ist die EU aufgefordert – und Deutschland wird sich hier auch einbringen –, mit Russland über dieses Thema intensiv zu sprechen.

Wird der Fall Timoschenko den Gipfel überschatten?

Dadurch, dass die Ukraine jetzt gesagt hat, dass sie das Assoziierungsabkommen nicht unterschreibt, ist natürlich eine neue Lage für den Gipfel nächste Woche entstanden. Wir haben uns sehr darum bemüht, dass aus humanitären Gründen eine gesundheitliche Behandlung von Julija Timoschenko außerhalb der Ukraine möglich ist. Das ukrainische Parlament hat die entsprechende Rechtssetzung bislang nicht verabschiedet. Und so ist der Fall Timoschenko natürlich ein Fall, aber nicht der einzige, wenn es um die Frage geht: Wie geht es weiter mit der Östlichen Partnerschaft? Das Hauptproblem, das ich zurzeit sehe, ist: Wie verhandeln wir mit Russland so, dass nicht ein Gegensatz entsteht: zwischen guten Beziehungen dieser Länder mit Russland und guten Beziehungen mit der Europäischen Union.

Wie groß ist denn die Gefahr, dass die Östliche Partnerschaft zu einer Verstimmung in den deutsch-russischen Beziehungen führt?

Na ja, sie ist ein Problem. Und das hat auch zu tun mit der russischen Zollunion, mit den Handelsfragen, die dann zu bewerkstelligen sind. Und deshalb muss daran gearbeitet werden – zwischen der EU und Russland. Aber Deutschland hat hier sicherlich auch eine wichtige Aufgabe. Und ich werde bei nächster Gelegenheit dann auch mit dem russischen Präsidenten über dieses Thema sprechen.